AMTSBLATT

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Band V, Stück 4

Hannover, den 1. Juli

1978

INHALT:

I. Gesetze und Verordnungen

- Nr. 59 Rechtsverordnung über die Anwendung des Amtszuchtgesetzes. Vom 19. Januar 1978 102
- Nr. 60 Rechtsverordnung über die Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 11./12. Mai 1978 104

II. Beschlüsse und Verträge

III. Mitteilungen

- Nr. 61 1. Tagung der 6. Generalsynode 1979 106

IV. Personalmeldungen

- Bischofskonferenz 106

V. Aus den Gliedkirchen

VI. Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

VII. Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes

- Kirchenordnung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden. Vom 24. September 1977 106

VIII. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche und Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes in der Deutschen Demokratischen Republik

- Satzung des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes in der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 24. Februar 1978 113

- Personalmeldungen
Bischofskonferenz 115

I. Gesetze und Verordnungen

Nr. 59 Rechtsverordnung über die Anwendung des Amtszuchtgesetzes.

Vom 19. Januar 1978.

Gemäß § 140 Absatz 2 Satz 1 des Kirchengesetzes über die Amtszucht vom 7. Jul 1966 (ABl. Bd. II S. 182) erläßt die Kirchenleitung die folgende Rechtsverordnung:

§ 1

(zu §§ 1 und 2 AZG)

(1) Das Amtszuchtgesetz gilt für die im Dienst der Vereinigten Kirche stehenden

- a) Pfarrer (§ 1 Buchstabe a AZG),
- b) Kirchenbeamten auf Lebenszeit und auf Zeit (§ 1 Buchst. c AZG).

(2) Das Amtszuchtgesetz ist auf Kirchenbeamte auf Probe und auf Widerruf entsprechend anzuwenden. Ein förmliches Verfahren findet nicht statt.

(3) Soll der Kirchenbeamte auf Probe oder auf Widerruf wegen Verletzung der Amtspflicht entlassen werden, so hat die zuständige Stelle (§ 2) eine Untersuchung anzuordnen. Die §§ 37, 38, 41 bis 43, 121 und 125 des Amtszuchtgesetzes und §§ 4 und 17 dieser Rechtsverordnung finden sinngemäße Anwendung.

(4) Die gemäß § 125 Amtszuchtgesetz einbehaltenen Dienstbezüge verfallen, wenn die zuständige Stelle die Entlassung ausspricht.

§ 2

(zu §§ 10 und 11 AZG)

Zuständige Stelle ist die für die Berufung in das Dienstverhältnis zuständige Stelle. Einleitende Stelle ist die Kirchenleitung.

§ 3

(zu §§ 13—15 AZG)

Richten sich die Ermittlungen gegen einen auf Zeit berufenen Pfarrer oder Kirchenbeamten, der von einer Landeskirche unter Fortdauer des zu ihr bestehenden Dienstverhältnisses beurlaubt ist, so ist vor Entscheidungen nach § 13 Abs. 1 und Abs. 2 sowie nach den §§ 14, 15, 32 Abs. 2, 33, 34 Abs. 1, 35 36 Abs. 3 und 125 des Amtszuchtgesetzes die Stellungnahme der beurlaubenden Kirchen einzuholen.

§ 4

(zu §§ 16, 82, 83, 85 Abs. 2, 125 Abs. 2 AZG)

Bei der Berechnung der Dienstbezüge, des Wartegeldes und des Ruhehaltes bleiben der Ortszuschlag, der Wert einer freien Dienstwohnung und besondere Aufwandsentschädigungen außer Ansatz. Eine Geldbuße soll von den Dienst- oder Versorgungsbezügen erst dann einbehalten werden, wenn die Zahlung innerhalb einer vom Lutherischen Kirchenamt gesetzten angemessenen Frist nicht vorgenommen worden ist. Die gesetzlichen Pfändungsgrenzen sind zu beachten.

§ 5

(zu §§ 19, 107, 109, 132 AZG)

(1) Bei der Vereinigten Kirche wird ein Spruchausschuß gebildet.

(2) Der Spruchausschuß besteht aus dem Inhaber eines geistlichen Aufsichtsamtes als Obmann, einem Pfarrer und einem rechtskundigen Beisitzer. In Verfahren gegen einen Kirchenbeamten tritt an die Stelle des Pfarrers ein Kirchenbeamter.

(3) Die Mitglieder des Spruchausschusses und die erforderliche Zahl von Stellvertretern werden von der Kirchenleitung bestellt.

(4) Von der Mitwirkung im Spruchausschuß sind Mitglieder der Kirchenleitung und des Lutherischen Kirchenamtes ausgeschlossen.

§ 6

(zu § 41 AZG)

Ist im Falle des § 3 ein förmliches Verfahren von der Vereinigten Kirche eingeleitet worden, so bestellt die Kirchenleitung zusätzlich einen Vertreter aus der beurlaubenden Kirche.

§ 7

(zu §§ 52, 53 AZG)

(1) Kammer für Amtszucht der Vereinigten Kirche ist die für Verfahren der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zuständige Kammer.

(2) Für Verfahren gegen Mitglieder des Lutherischen Kirchenamtes (Art. 13 Abs. 2 der Verfassung) ist die besondere Abteilung der gemeinsamen Kammer für Amtszucht der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers und der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig zuständig.

§ 8

(zu §§ 85 Abs. 1, Satz 1, 137 Abs. 1 AZG)

Ist die Versetzung oder eine Übernahme durch eine Kirche binnen sechs Monaten nach Rechtskraft des Urteils nicht möglich gewesen, so tritt der Kirchenbeamte mit dem Ablauf dieser Frist in den Wartestand. § 85 Abs. 3 Sätze 2 und 3 sowie Abs. 4 des Amtszuchtgesetzes sind entsprechend anzuwenden.

§ 9

(zu § 89 Abs. 2 AZG)

Oberste kirchliche Verwaltungsbehörde im Sinne des § 89 Abs. 2 Amtszuchtgesetz ist die einleitende Stelle.

§ 10

(zu §§ 92, 100 Abs. 3 Satz 2 AZG)

(1) Die Berufung kann von der Kirchenleitung auch zugunsten des Beschuldigten eingelegt werden.

(2) Ist die Berufung nur von dem Beschuldigten oder nur zu seinen Gunsten eingelegt worden, so darf das Urteil nicht zu seinen Ungunsten geändert werden.

§ 11

(zu §§ 95 Abs. 1, 109 AZG)

Mitglieder und Referenten einleitender Stellen dürfen bei Verfahren aus ihrem Bereich im Senat für Amtszucht nicht mitwirken.

§ 12

(zu §§ 96, 97, 107, 132 AZG)

(1) Als Stellvertreter des Vorsitzenden des Senats für Amtszucht wird ein rechtskundiger Beisitzer be-

stellt. Sind der Vorsitzende und sein Stellvertreter verhindert, so führt das älteste rechtskundige Mitglied den Vorsitz.

(2) Für die Mitglieder des Senats für Amtszucht wird die erforderliche Zahl von Stellvertretern bestellt. Dabei ist die Reihenfolge des Eintritts in den Senat zu bestimmen.

(3) Der Pfarrer nach § 97 Abs. 2 Satz 3 des Amtszuchtgesetzes tritt in den Senat für Amtszucht nur dann ein, wenn keiner der beiden beisitzenden Pfarrer im Dienste der Gliedkirche steht, die das Verfahren eingeleitet hat. Er tritt im gegebenen Fall an die Stelle des dienstjüngeren, bei gleichem Dienstalter jüngeren Pfarrers nach § 96 Abs. 1 Satz 2 des Amtszuchtgesetzes; dasselbe gilt für den Eintritt eines Kirchenbeamten in den Senat (§ 132 des Amtszuchtgesetzes).

(4) Die Mitglieder des Senats für Amtszucht haben Anspruch auf Reisekosten und Ersatz ihrer Auslagen. Nach näherer Bestimmung der Kirchenleitung können Aufwandsentschädigungen oder Vergütungen gewährt werden.

§ 13

(zu § 101 AZG)

(1) Die Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen ist zulässig. Sie soll nur vorgenommen werden, wenn der Eid mit Rücksicht auf die Bedeutung der Aussage oder zur Herbeiführung einer wahren Aussage unerlässlich ist.

(2) Die zur Verweigerung des Zeugnisses oder Gutachtens berechtigten Personen (§§ 68, 70 des Amtszuchtgesetzes) können die Beeidigung des Zeugnisses oder Gutachtens verweigern.

(3) Bei der Verpflichtung nach § 69 Abs. 1 Satz 1 des Amtszuchtgesetzes sind die Zeugen und Sachverständigen über die Bedeutung des Eides und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage sowie über das Eidesverweigerungsrecht nach Absatz 2 zu belehren.

(4) Der Zeugeneid wird in der Weise geleistet, daß der Vorsitzende nach der Aussage an den Zeugen die Worte richtet:

„Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben.“

und der Zeuge die Worte spricht:

„Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Der Sachverständigeneid ist nach Erstattung des Gutachtens dahin zu leisten, daß der Sachverständige das Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erstattet hat. Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

(5) Auf das Verfahren vor dem Senat sind im übrigen die für das Verfahren erster Instanz geltenden Anwendungs- und Ausführungsbestimmungen der Gliedkirche, die das Verfahren eingeleitet hat, entsprechend anzuwenden.

§ 14

(zu § 108 Satz 3 AZG)

(1) Der Obmann des Spruchausschusses der Vereinigten Kirche und der Vorsitzende des Senats für Amtszucht sowie ihre Stellvertreter werden vom Leitenden Bischof oder einem von ihm beauftragten Mitglied der Kirchenleitung auf ihr Amt verpflichtet. Der Obmann des Spruchausschusses verpflichtet die übrigen Mitglieder des Spruchausschusses und ihre Stellvertreter, der

Vorsitzende des Senats für Amtszucht die übrigen Mitglieder des Senats und ihre Stellvertreter.

(2) Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich gelobe vor Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich die Verfassung, Gesetze und Ordnungen der Vereinigten Kirche und ihrer Gliedkirchen achten und wahren und meine Entscheidungen ohne Ansehen der Person fällen werde.“

§ 15

(zu § 113 Abs. 2 Satz 2 AZG)

Der Vorsitzende des Senats für Amtszucht kann zur Unterstützung des Senats einen rechtskundigen Hilfsberichterstatter zuziehen. Für diesen gilt § 11 entsprechend.

§ 16

(zu § 123 AZG)

Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonnabend, so endet die Frist mit dem Ablauf des nächstfolgenden Werktages.

§ 17

(zu § 125 AZG)

Auf Antrag des betroffenen Pfarrers oder Kirchenbeamten entscheidet die Kammer für Amtszucht über die Aufrechterhaltung einer Anordnung nach § 125 des Amtszuchtgesetzes endgültig durch Beschluß. Der Antrag hat keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag kann sechs Monate nach der Entscheidung der Kammer für Amtszucht wiederholt werden. Liegt bereits ein noch nicht rechtskräftiges Urteil der Kammer für Amtszucht vor, so ist der Senat für Amtszucht zur Entscheidung über den Antrag zuständig.

§ 18

(zu § 127 AZG)

Das Begnadigungsrecht und das Recht zum Widerspruch nach § 127 Abs. 2 Satz 2 des Amtszuchtgesetzes stehen der Kirchenleitung zu. In den Fällen des § 3 dieser Rechtsverordnung ist die beurlaubende Kirche zu hören.

§ 19

(1) Hat ein Pfarrer oder Kirchenbeamter ohne Urlaub schuldhaft seinen Dienst verlassen und ist für die Dauer seiner Abwesenheit der Verlust der Dienstbezüge festgestellt worden, so kann er gegen die Feststellung innerhalb von zwei Wochen nach Zugang die Entscheidung der Kammer für Amtszucht beantragen. Der Antrag ist schriftlich bei der Dienststelle, die den Verlust der Dienstbezüge festgestellt hat, einzureichen und zu begründen. Diese Dienststelle legt den Antrag mit ihrer Stellungnahme der Kammer für Amtszucht vor.

(2) Die Kammer für Amtszucht kann Beweise wie in förmlichen Amtszuchtverfahren erheben. Sie entscheidet endgültig durch Beschluß, der zu begründen ist. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen.

§ 20

Diese Rechtsverordnung tritt am 19. Januar 1978 in Kraft. Die Rechtsverordnung der Kirchenleitung vom 16. Dezember 1966 (ABl. Bd. II S. 327) tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

Hannover, den 13. April 1978

D. Lohse

Nr. 60 Rechtsverordnung über die Besoldung und Versorgung der Kirchenbeamten der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 11./12. Mai 1978.

Aufgrund der §§ 28 Absatz 1 und 62 Absatz 2 des Kirchenbeamtengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 12. Dezember 1968 (ABl. Bd. III S. 86 ff.) geändert durch das Kirchengesetz zur Änderung des Kirchenbeamtengesetzes und des Pfarrergesetzes vom 24. Oktober 1973 (ABl. Bd. IV S. 263 ff.) wird folgende Rechtsverordnung erlassen:

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

Diese Rechtsverordnung regelt die Besoldung und Versorgung für die Kirchenbeamten der Vereinigten Kirche sowie deren Einrichtungen, soweit nicht durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist.

§ 2

Besoldung und Versorgung

(1) Die Kirchenbeamten erhalten Besoldung sowie Versorgung für sich und ihre Hinterbliebenen in entsprechender Anwendung der für die Kirchenbeamten in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers jeweils geltenden Vorschriften nach Maßgabe der Ergänzungsvorschriften der §§ 3 ff.

(2) Die Kirchenleitung kann Änderungen der Bestimmungen der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers binnen sechs Monaten nach ihrer Verkündung teilweise oder ganz von der entsprechenden Anwendung ausschließen.

§ 3

Bemessung des Grundgehalts

(1) Das Grundgehalt wird den Kirchenbeamten nach den Sätzen der für die Kirchenbeamten in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers jeweils geltenden Besoldungsordnungen A (für aufsteigende Gehälter) und B (für feste Gehälter) gewährt.

(2) Die Zuordnung der Ämter zu den einzelnen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen A und B richtet sich nach der Anlage zu dieser Rechtsverordnung. Soweit die Ämter von Kirchenbeamten nicht in der Anlage zu dieser Rechtsverordnung aufgeführt sind, ist für die Zuordnung zu den Besoldungsgruppen das für die Kirchenbeamten in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers jeweils geltende Recht entsprechend anzuwenden.

§ 4

Versorgung

(1) Die Versorgung, die den Kirchenbeamten und ihren Hinterbliebenen zu gewähren ist, wird von der Vereinigten Kirche sichergestellt

- a) durch Bereitstellung der für die Versorgung erforderlichen Mittel im ordentlichen Haushalt,
- b) durch Beitritt zu einer Versorgungseinrichtung und Bereitstellung der für die zu leistenden Umlagen erforderlichen Mittel im ordentlichen Haushalt.

(2) Die Ansprüche des Kirchenbeamten gegen die Vereinigte Kirche werden durch eine Sicherstellung der Versorgung nach Absatz 1 Buchst. b nicht berührt.

(3) In Fällen der Begründung eines Dienstverhältnisses auf Zeit trifft die Kirchenleitung im Einvernehmen mit dem Kirchenbeamten und dem Dienstherrn, zu dem ein Dienstverhältnis besteht, eine Regelung über die Versorgung.

§ 5

Sonderregelungen

(1) Besteht an der Gewinnung eines Kirchenbeamten wegen der besonderen Art der Dienstaufgabe oder der weit herausragenden Qualifikation ein besonderes Interesse und kann die Anstellung ohne Erhalt des bisherigen finanziellen Besitzstandes nicht gesichert werden, so kann die Kirchenleitung die Einreihung in eine bisher erreichte Besoldungsgruppe zubilligen, nicht ruhegehaltfähige Zulagen für ruhegehaltfähig erklären oder Zulagen gewähren, jedoch höchstens bis zur Besoldungsgruppe A 16 der Anlage.

(2) Kirchenbeamte auf Zeit erhalten für die Zeit ihrer Tätigkeit bei der Vereinigten Kirche eine nicht-ruhegehaltfähige Zulage in Höhe des Unterschiedes zwischen der Besoldungsgruppe, in der sie von ihrem Dienstherrn eingestuft sind und der Besoldungsgruppe, in der sie als Kirchenbeamte auf Lebenszeit der Vereinigten Kirche eingestuft sein würden.

§ 6

Amtsbezeichnungen

(1) Die Kirchenbeamten führen die in der Anlage zu dieser Rechtsverordnung für ihr Amt aufgeführte Amtsbezeichnung.

(2) Für Kirchenbeamte, deren Amt nicht in der Anlage zu dieser Rechtsverordnung aufgeführt ist, setzt die Kirchenleitung die Amtsbezeichnung fest.

§ 7

Bekanntgabe der Gehaltsätze

Das Lutherische Kirchenamt veröffentlicht die Übersicht über die Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A und B und die Höhe der nach der Anlage zu dieser Rechtsverordnung vorgesehenen Zulagen sowie die Ortszuschlagstabellen in der zur Zeit des Inkrafttretens dieser Rechtsverordnung geltenden Fassung und bei Änderungen in der jeweils geltenden Fassung im Amtsblatt der Vereinigten Kirche.

§ 8

Dienstpostenbewertung

Die Bestimmungen über die Dienstpostenbewertung finden keine Anwendung.

§ 9

Übergangsbestimmungen

(1) § 5 Absatz 2 gilt nicht für Kirchenbeamte auf Zeit, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Rechtsverordnung bei der Vereinigten Kirche angestellt sind.

(2) Die nach bisherigem Recht zustehenden Eingruppierungen und das Besoldungsdienstalter bleiben unberührt. Ergeben sich aus dieser Rechtsverordnung Änderungen von Amtsbezeichnungen, führen die Besoldungsempfänger die neue Amtsbezeichnung.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. Juli 1978 in Kraft. Gleichzeitig treten alle Regelungen außer Kraft, die

den Gegenstand dieser Rechtsverordnung bisher behandelt haben.

Hannover, den 12. Mai 1978

Der Leitende Bischof

D. Lohse

Anlage
(zu § 3 Absatz 2)

Vorbemerkungen:

Amts- und Stellenzulagen, die in den für die Beamten des Landes Niedersachsen jeweils geltenden Besoldungsordnungen vorgesehen sind, werden für entsprechende kirchliche Ämter nach Bestimmung der Kirchenleitung gewährt; Stellenzulagen entsprechend den Vorschriften über die Zahlung von Stellenzulagen für die Dauer der Verwendung bei obersten Landesbehörden werden mit der Maßgabe gewährt, daß sie einen von der Kirchenleitung zu bestimmenden Vomhundertsatz der für die Beamten des Landes Niedersachsen jeweils geltenden Bemessungsgrundlage betragen.

A. Aufsteigende Gehälter

- A 9 Kircheninspektor
- A 10 Kirchenoberinspektor
- A 11 Kirchenamtmann
- A 12 Kirchenamtsrat

B. Feste Gehälter

- A 13 Kirchenverwaltungsrat
Kirchenoberamtsrat *)
Pfarrer
Kirchenrat
Studieninspektor des Prediger- und Studienseminars — soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 14 —
- A 14 Pfarrer — ab der 8. Dienstaltersstufe
Studieninspektor des Prediger- und Studienseminars — ab der 8. Dienstaltersstufe —
Oberkirchenrat — spätestens ab der 8. Dienstaltersstufe, soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 15, A 16 oder B 2 —
- A 15 Oberkirchenrat — soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 14, A 16 oder B 2 —
Rektor des Prediger- und Studienseminars — soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 16 —
- A 16 Rektor des Prediger- und Studienseminars — soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 15 —
Oberkirchenrat — soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 14, A 15 oder B 2 —

- B 2 Oberkirchenrat *)
Oberkirchenrat — als Ständiger Vertreter des Präsidenten —
- B 5 Präsident

*) Gilt nur für den jetzigen Stelleninhaber.

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe															Dienstalterszulage	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
A 1	II	804,30	830,96	857,62	884,28	910,94	937,60	964,26	990,92	1017,58								26,66
A 2		851,93	878,59	905,25	931,91	958,57	985,23	1011,89	1038,55	1065,21	1091,87							26,66
A 3		912,72	940,88	969,04	997,20	1025,36	1053,52	1081,68	1109,84	1138,00	1166,16							28,16
A 4		947,33	979,90	1012,47	1045,04	1077,61	1110,18	1142,75	1175,32	1207,89	1240,46							32,57
A 5		980,67	1017,79	1054,91	1092,03	1129,15	1166,27	1203,39	1240,51	1277,63	1314,75							37,12
A 6		1038,29	1076,78	1115,27	1153,76	1192,25	1230,74	1269,23	1307,72	1346,21	1384,70	1424,11						1)
A 7		1121,86	1160,35	1198,84	1237,33	1275,82	1314,31	1352,80	1391,29	1431,07	1471,48	1511,89	1553,79	1598,65				1)
A 8		1174,92	1222,36	1269,80	1317,24	1364,68	1412,53	1462,33	1512,13	1564,50	1619,78	1675,06	1730,34	1785,62				1)
A 9	I c	1312,85	1361,79	1412,78	1464,17	1516,51	1573,54	1630,57	1687,60	1744,63	1801,66	1858,69	1915,72	1972,75				1)
A 10		1437,64	1508,49	1579,34	1650,19	1721,04	1791,89	1862,74	1933,59	2004,44	2075,29	2146,14	2216,99	2287,84				70,85
A 11		1674,99	1747,58	1820,17	1892,76	1965,35	2037,94	2110,53	2183,12	2255,71	2328,30	2400,89	2473,48	2546,07	2618,66			72,59
A 12		1824,34	1910,89	1997,44	2083,99	2170,54	2257,09	2343,64	2430,19	2516,74	2603,29	2689,84	2776,39	2862,94	2949,49			86,55
A 13	I b	2067,06	2160,51	2253,96	2347,41	2440,86	2534,31	2627,76	2721,21	2814,66	2908,11	3001,56	3095,01	3188,46	3281,91			93,45
A 14		2127,62	2248,79	2369,96	2491,13	2612,30	2733,47	2854,64	2975,81	3096,98	3218,15	3339,32	3460,49	3581,66	3702,83			121,17
A 15		2399,11	2532,31	2665,51	2798,71	2931,91	3065,11	3198,31	3331,51	3464,71	3597,91	3731,11	3864,31	3997,51	4130,71	4263,91		133,20
A 16		2666,55	2820,60	2974,65	3128,70	3282,75	3436,80	3590,85	3744,90	3898,95	4053,00	4207,05	4361,10	4515,15	4669,20	4823,25		154,05

1) Die Dienstalterszulage beträgt:

in Besoldungsgruppe	A 6		A 7					A 8					A 9				
von Dienstaltersstufe	1	10	1	8	9	11	12	1	5	6	8	9	1	2	3	4	5
bis Dienstaltersstufe	10	11	8	9	11	12	13	5	6	8	9	13	2	3	4	5	13
DM	38,49	39,41	38,49	39,78	40,41	41,90	44,86	47,44	47,85	49,80	52,37	55,28	48,94	50,99	51,39	52,34	57,03

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	B 1	B 2	B 3	B 4	B 5	B 6	B 7	B 8	B 9	B 10	B 11
Ortszuschlag/Tarifklasse	I b		I a								
	4263,91	5057,06	5290,83	5642,50	6045,96	6426,94	6797,54	7183,83	7663,47	9152,86	9992,82

Ortszuschlag (Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungs- gruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
				1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	5 Kinder	6 Kinder
I a	B 3 bis B 11	651,87	755,85	844,82	929,85	1019,85	1129,85	1239,85	1349,85
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16	549,91	653,89	742,86	827,89	917,89	1027,89	1137,89	1247,89
I c	A 9 bis A 12	488,73	592,71	681,67	766,71	856,71	966,71	1076,71	1186,71
II	A 1 bis A 8	460,36	559,40	648,38	733,41	823,41	933,41	1043,41	1153,41

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 110,— DM.

III. Mitteilungen

Nr. 61 1. Tagung der 6. Generalsynode.

Auf Einladung der Nordelbischen Kirche findet die 1. Tagung der 6. Generalsynode 1979 im Bereich dieser Kirche statt.

Die Kirchenleitung setzte als Termin für die 1. Tagung die Zeit vom 27. bis 30. Juni 1979 fest.

IV. Personalmeldungen

Bischofskonferenz

Der Bischof des Sprengels Schleswig, D. Alfred Petersen, ist mit Ablauf des 31. Dezember 1977 in den Ruhestand getreten.

VII. Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes

Kirchenordnung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden Vom 24. September 1977

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Baden bekennt sich zu der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments als der einzigen Richtschnur, nach der alle

Lehre geurteilt werden soll, und eignet sich die drei allgemeinen Bekenntnisse der Christenheit, nämlich das Apostolische, Nicänische und Athanasianische, und die besonderen Bekenntnisse der lutherischen Kirche, nämlich die ungeänderte Augsburgische Konfession und deren Apologie, die Schmalkaldischen Artikel, Luthers Großen und Kleinen Katechismus und die Konkordienformel, als diejenigen Bekenntnisse an, in wel-

chen die reine Schriftlehre zum Ausdruck kommt. Durch dies ihr Bekenntnis weiß sie sich in Kirchengemeinschaft mit allen Kirchen und Gemeinden evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, insbesondere mit denen in Deutschland.

I. Organisation

§ 1

Eine Gemeinde wird gebildet durch kirchlichen Zusammenschluß lutherischer Christen zu regelmäßigem öffentlichen Gottesdienst im Rahmen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden, sei es, daß sie von einem eigenen Pfarrer bedient wird, sei es, daß sie ihren Pfarrer mit anderen Gemeinden teilt.

Jede Gemeinde bedarf der Anerkennung durch die Synode. Gemeinde im Sinne dieser Kirchenordnung sind nur die von dieser anerkannten.

§ 2

Jede Gemeinde ordnet ihre Angelegenheiten selbständig, soweit sie dazu nach der Kirchenordnung befugt ist.

Ihre Organe sind:

1. der Kirchenvorstand, welcher aus dem Pfarrer und den von der Gemeinde gewählten Kirchenvorstehern besteht;
2. Die Gemeindeversammlung, welche durch die stimmberechtigten Gemeindeglieder gebildet wird. An Stelle der Gemeindeversammlung kann die Gemeindevertretung treten, welche von den stimmberechtigten Gemeindegliedern gewählt wird.

§ 3

Organe der Kirche sind:

1. die Synode, die aus den Geistlichen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden und Vertretern der einzelnen Gemeinden besteht;
2. der von der Synode gewählte Synodalausschuß;
3. der von der Synode gewählte Superintendent bzw. sein Vertreter.

II. Gemeinde

§ 4

Will ein Glied einer anderen lutherischen Kirche sich einer Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden anschließen, so hat es sich bei dem Pfarrer der Gemeinde zu melden. Das gleiche gilt, wenn ein Glied einer nicht lutherischen Kirche in eine Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden und damit in diese aufgenommen zu werden wünscht. In diesem Fall hat der Pfarrer sich zu überzeugen, daß lutherische Gesinnung den Beweggrund des Übertritts bildet. Hat der Pfarrer Bedenken, so holt er die Entscheidung des Kirchenvorstandes ein.

§ 5

Von einem Gemeindeglied wird erwartet:

1. daß es sich treulich zu Wort und Sakrament hält;
2. daß es die Kinder zum regelmäßigen Besuch des Gottesdienstes, des Religionsunterrichtes und der Christenlehre anhält;
3. daß es zur Erhaltung des Predigtamtes und des Gottesdienstes nach Maßgabe dieser Kirchenordnung beiträgt und sich allen in derselben festgestellten Bestimmungen in Liebe unterordnet.

Bei Eintritt oder Übertritt zu einer Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden setzt die Pflicht zur Zahlung des Kirchenbeitrags mit dem Zeitpunkt ein, an dem eine früher bestandene Verpflichtung aufhört.

§ 6

Der Austritt aus der Gemeinde erfolgt durch eine dem Kirchenvorstand einzureichende schriftliche Erklärung.

Gibt ein Gemeindeglied durch unchristliches Verhalten Ärgernis und bleibt die Vermahnung, die, soweit es möglich ist, nach der Matth. 18, 15—17 vorgeschriebenen Ordnung und Stufenfolge geschehen soll, fruchtlos, so wird es aus der Gemeinde ausgeschlossen. Der Ausschluß geschieht durch die Gemeindeversammlung bzw. die Gemeindevertretung auf Antrag des Pfarrers oder des Kirchenvorstandes.

§ 7

Austretende oder ausgeschlossene Gemeindeglieder sowie diejenigen, welche — ohne ihre Verbindung mit der Gemeinde festzuhalten — wegziehen, verlieren bis zu ihrer Wiederaufnahme alle Rechte als Gemeindeglieder.

Sollte, was Gott in Gnaden verhüten wolle, eine Trennung um der Lehre willen entstehen, so verbleibt das Gemeindevermögen denjenigen Gemeindegliedern, welche nach dem Urteil der Synode auf dem in der Einleitung dieser Kirchenordnung dargelegten Bekenntnisgründe beharren und demgemäß die Pfarrer der Gemeinde auf die sämtlichen Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche verpflichtet und nach denselben beurteilt wissen wollen.

§ 8

Die zur Erhaltung des Kirchenwesens sowie die für alle Gemeindeangelegenheiten erforderlichen Geldmittel werden von den Gemeindegliedern durch regelmäßige Beiträge, für deren Einziehung der Kirchenvorstand zu sorgen hat, und aus dem Ertrag der bei den Gottesdiensten dargebrachten Opfer bestritten.

Für die Höhe der Beiträge kann die Synode Richtlinien festsetzen.

Ist ein Gemeindeglied zur Zahlung der ordnungsgemäßen Beiträge nicht imstande, so kann es ohne Verlust seiner Gemeinderechte durch den Kirchenvorstand von seiner Beitragspflicht ganz oder teilweise befreit werden.

§ 9

Die Gemeinden, welche einen Pfarrer berufen, verpflichten sich damit zur Aufbringung des ihm in der Berufungsurkunde zugesicherten Einkommens.

III. Das Pfarramt

§ 10

Die Pflichten des Pfarrers sind: Gottes Wort lauter und rein nach den Bekenntnissen der evangelisch-lutherischen Kirche zu predigen und die Jugend demgemäß zu unterrichten, die heiligen Sakramente nach der Einsetzung des Herrn zu verwalten und alle übrigen heiligen Handlungen nach den Ordnungen der lutherischen Kirche zu vollziehen, der einzelnen Gemeindeglieder, so wie es jedem not ist, mit Ermahnen, Beraten und Trösten, aber auch mit Warnen und Strafen seelsorgerlich wahrzunehmen und, unterstützt von den Kirchenvorstehern, die gemeinsamen kirchlichen Angelegenheiten zu leiten, dabei mit christlichen, erbaulichem Wandel

der Gemeinde voranzugehen; — alles Gott zur Ehre und der Kirche zur Erbauung, wie es einem rechtschaffenen Diener Gottes und treuen Hirten der Gemeinde zusteht.

§ 11

Die Berufung oder Wahl eines Pfarrers geschieht durch die von ihm zu versiehende Gemeinde nach Maßgabe dieser Kirchenordnung.

Wählbar zum Pfarramt ist nur ein solcher Pfarrer oder Pfarramtskandidat, dessen Bekenntnis und Lehre mit den Bekenntnisschriften der lutherischen Kirche übereinstimmt und der nach wissenschaftlicher Ausbildung, nach Gaben und Wandel auch zur Führung eines Pfarramtes in einer lutherischen Landeskirche berechtigt ist.

Der Bewerber um ein Pfarramt oder eine Pfarramtsverwaltung in einer Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden soll im Dienste einer evangelisch-lutherischen Kirche gestanden haben. Hat ein Bewerber früher einer nicht lutherischen Kirche angehört, besonders einer der evangelisch-unierten Kirchen, so kann er nur dann für Pfarramt oder Pfarrverwaltung in Betracht gezogen werden, wenn er einwandfrei nachweist, daß sein Übertritt ohne Zusammenhang mit den Wahlverhandlungen erfolgt ist.

§ 12

Der Kirchenvorstand hat das Vorschlagsrecht. Ehe er einen Pfarrer oder einen Kandidaten der Gemeinde zur Berufung oder mehrere zur Wahl vorschlägt, hat er über deren Person unter Einsendung etwa vorhandener Akten dem Superintendenten Bericht zu erstatten. Dieser und die übrigen geistlichen Mitglieder der Synode, welchen der Superintendent Mitteilung zu machen hat, sind verpflichtet, binnen einer Frist von drei Wochen nach Empfang dieser Mitteilung zu erklären, ob sie gegen Lehre und Wandel der vom Kirchenvorstand vorgeschlagenen Geistlichen Einspruch erheben. Der Einspruch ist gleichzeitig zu begründen. In strittigen Fällen entscheidet der Synodalausschuß endgültig darüber, ob der Kirchenvorstand einen beanstandeten Bewerber von der Berufung oder Wahl auszuschließen hat.

Die Wahl (Berufung) ist vom Synodalausschuß zu prüfen und zu bestätigen. Dem neuen Pfarrer wird eine Berufungsurkunde ausgehändigt, die vom Superintendenten und vom Kirchenvorstand zu unterschreiben ist. Die Vereinbarungen über die rechtliche und wirtschaftliche Stellung des Pfarrers werden vom Kirchenvorstand im Einvernehmen mit dem Synodalausschuß nach Maßgabe des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 (ABl. Bd. II Stück 2, S. 14) getroffen, soweit die Kirchenordnung und andere Rechtsvorschriften der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden keine Regelung treffen.

Der neue Pfarrer wird in der Berufungsurkunde auf die lutherischen Bekenntnisschriften verpflichtet und hat schriftlich zu versprechen, daß er sich in seiner Amtsführung nach der Kirchenordnung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden richten werde. Als dann wird er durch den Superintendenten in sein Amt eingeführt.

§ 13

Wird eine Pfarrstelle frei, benachrichtigt der Kirchenvorstand unverzüglich den Synodalausschuß. Der Superintendent bestellt im Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand einen Pfarrer zum Vakanzvertreter, der den Vorsitz im Kirchenvorstand übernimmt und als solcher die Vorstandssitzungen und Gemeindeversamm-

lungen einzuberufen und mit vollem Stimmrecht zu leiten sowie die besondere Art der Vertretung für alle Versammlungen im Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand anzuordnen hat.

Der Kirchenvorstand hat zur Besetzung der Pfarrstelle von vornherein einen Beschluß darüber herbeizuführen, ob ein bestimmter Geistlicher auch ohne Bewerbung in Aussicht genommen und der Gemeindeversammlung zur Berufung vorgeschlagen oder ob die Pfarrstelle zur Bewerbung ausgeschrieben werden soll. Im letzteren Fall kommen für die Wahl oder Berufung nur solche Geistliche in Betracht, die sich schriftlich beworben haben.

Wird ein Geistlicher zur Wahl oder Berufung vorgeschlagen, so ist die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) vorher zu befragen, ob sie sich an dem einen Vorschlag genügen lassen will. Gegen die Berufung oder Wahl eines Pfarrers kann innerhalb einer Woche nach Empfang der Mitteilung Einspruch beim Synodalausschuß erhoben werden, der denselben prüft und darüber entscheidet. Die Pfarrwahl wird vom Superintendenten oder in seiner Stellvertretung von einem durch ihn zu bestimmenden Geistlichen geleitet. Der Wahlleiter hat kein Stimmrecht.

§ 14

Bei Anstellung eines Pfarrvikars hat der Pfarrer das Recht des Vorschlags. Im übrigen geschieht die Berufung oder Wahl eines solchen in derselben Weise wie die eines Pfarrers. Hinsichtlich der Wählbarkeit des Pfarrvikars gelten die Vorschriften des § 11.

Ein ordnungsgemäß berufener oder gewählter Pfarrvikar ist Mitglied der Synode sowie des Kirchenvorstandes derjenigen Gemeinde, in der er im Predigtamte regelmäßig tätig ist; in ersterer als beratendes, in letzterem als beschließendes Mitglied.

Es können auch Missionskandidaten aus lutherischen Missionen als Vikare verwendet werden.

§ 15

Für das Dienstverhältnis des Pfarrers gelten ergänzend die Abschnitte IV (Vom Dienst des Pfarrers), V (Vom Verhalten des Pfarrers), VI (Visitation und Dienstaufsicht), VII (Verletzung der Lehrverpflichtung), VIII (Schutz und Fürsorge), IX (Veränderung des Dienstverhältnisses als Pfarrer) und X (Beendigung des Dienstverhältnisses als Pfarrer) des Pfarrergesetzes der VELKD vom 14. Juni 1963 (ABl. Bd. II, Stück 2, S. 14), soweit die Kirchenordnung und andere Rechtsvorschriften der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden keine Regelung treffen.

§ 65 Abs. 2 des Pfarrergesetzes findet keine Anwendung. § 67 Abs. 2 dieses Gesetzes wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

(2) Die Nachprüfung erfolgt durch eine Schiedsinstanz, die bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden gemäß der Ordnung für die Schlichtungsstelle gebildet wird.

Ihr gehören an:

- a) ein von der Synode bestimmter Obmann, der die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben soll,
- b) ein vom Synodalausschuß gewählter Beisitzer und
- c) ein Beisitzer, den die Pfarrerschaft aus ihrer Mitte wählt.

§ 16

Wenn ein ordinierter Geistlicher öffentlich durch Wort oder Schrift in der Darbietung der christlichen

Lehre oder in seinem gottesdienstlichen Handeln in entscheidenden Punkten in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche tritt und daran beharrlich festhält, verletzt er seine Lehrverpflichtung.

Liegen nachweisbar Tatsachen für die Annahme der Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 vor, dann ist durch seelsorgerliche Bemühungen auf eine Behebung der Anstöße hinzuwirken.

Bleiben die seelsorgerlichen Bemühungen ohne Erfolg, dann beschließt der Synodalausschuß, daß mit dem Betroffenen ein Lehrgespräch zu führen ist. Mit der Abhaltung des Lehrgesprächs beauftragt der Synodalausschuß zwei Theologen, die hierfür besonders sachkundig sind. Zweck des Lehrgesprächs ist die Klärung des Sachverhalts und im Falle festgestellter Abweichungen der Versuch, den Betroffenen theologisch zur Einsicht in die Bekenntniswidrigkeit seiner Lehrmeinung zu führen.

Hält der Betroffene an der beanstandeten Lehre fest, dann hat der Synodalausschuß nach Anhörung des Betroffenen und nach Feststellung des Vorliegens der Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 die Beendigung des Dienstverhältnisses durch Beschluß auszusprechen. Der Beschluß ist zu begründen und dem Betroffenen zuzustellen.

Gegen die Entscheidung des Synodalausschusses hat der Betroffene das Recht der Berufung an die Synode. Findet während der nächsten drei Monate nach der Entscheidung des Synodalausschusses eine ordentliche Synode nicht statt, so ist innerhalb dieser Zeit eine außerordentliche Synode einzuberufen, bis zu der nach der Entscheidung des Synodalausschusses zu verfahren ist.

Der Betroffene kann sich eines Beistandes in allen Abschnitten des Verfahrens bedienen. Der Beistand muß einer evangelisch-lutherischen Kirche angehören.

§ 17

Stirbt ein Pfarrer im Amt, so haben die Witwe und die Kinder für den Sterbemonat und die darauffolgenden zwei Monate Anspruch auf die bisherigen Dienstbezüge sowie drei Monate auf die Pfarrwohnung oder eine den örtlichen Verhältnissen angemessene Wohnungsentschädigung.

IV. Der Kirchenvorstand

§ 18

Der Kirchenvorstand besteht aus dem Pfarrer und mindestens zwei von der Gemeinde gewählten Kirchenvorstehern.

§ 19

Wählbar zu Kirchenvorstehern sind alle stimmberechtigten Gemeindeglieder, welche sich treu zu Wort und Sakrament halten, wider deren Glauben und Wandel ein begründeter Einspruch nicht erhoben werden kann. Das Recht, einen solchen einzulegen, steht jedem Gemeindeglied zu und kann sowohl vor der Wahl wie nach derselben geübt werden. Der Kirchenvorstand hat zu prüfen, ob der Einspruch begründet ist, und über denselben zu entscheiden.

Gegen seine Entscheidung kann die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) und gegen deren Beschluß der Synodalausschuß angerufen werden, der endgültig entscheidet.

§ 20

Ist ein Kirchenvorsteher zu wählen, legt der Kirchenvorstand der Gemeindeversammlung (Gemeindevertre-

tung) einen Wahlvorschlag vor. Die Wahl erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.

Erfolgt binnen acht Tagen nach Bekanntmachung von der Kanzel kein Einspruch gegen die Wahl, so ist der neugewählte Vorsteher im öffentlichen Gottesdienst durch den Pfarrer in sein Amt einzuführen.

Die Mitglieder des Kirchenvorstandes werden auf sechs Jahre gewählt, und zwar alle drei Jahre je zur Hälfte. Wiederwahl ist zulässig.

§ 21

Von den Kirchenvorstehern wird erwartet, daß sie in treuer Übung ihres Christenstandes und in brüderlicher Ermahnung, Tröstung und Beratung den Gemeindegliedern mit gutem Beispiel vorangehen. Sie sollen vor ändern den Pfarrer unterstützen in Aufrechterhaltung und Förderung christlicher Zucht und Sitte und einer löblichen Ordnung in der Gemeinde sowie in Fürsorge für die Armen und Kranken, soweit dieselbe von Gemeinde wegen nötig ist. Ihr Amt führen die Kirchenvorsteher unentgeltlich.

§ 22

Jeder Vorsteher kann sein Amt freiwillig niederlegen. Er kann hierzu auch, falls es nötig erscheint, seitens des Pfarrers oder des Kirchenvorstandes aufgefordert werden.

Unfreiwillige Amtsentlassung eines Vorstehers erfolgt:

1. wegen jedes die Wählbarkeit ausschließenden Grundes;
2. wegen grober Pflichtwidrigkeit, namentlich wegen beharrlicher Vernachlässigung seines Amtes;
3. wegen jeden Umstandes, durch welchen der Vorsteher gehindert wird, die Pflichten seines Amtes zu erfüllen.

Das Recht vorläufiger Amtsenthebung eines Vorstehers steht dem Kirchenvorstand zu. Die Entlassung eines Kirchenvorstehers geschieht durch die Gemeindeversammlung bzw. die Gemeindevertretung mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln. Gegen diese Entscheidung steht dem Kirchenvorsteher Berufung an den Synodalausschuß frei; dieser entscheidet darüber endgültig.

§ 23

Der Kirchenvorstand hat die Aufgabe: an der inneren und äußeren Erbauung der Gemeinde zu arbeiten, die Angelegenheiten der Gemeinde zu verwalten, die Ordnung in derselben aufrecht zu erhalten und die Gemeinde nach außen zu vertreten. Vertretungsberechtigt sind der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter und ein weiteres Mitglied des Kirchenvorstandes.

§ 24

Im einzelnen liegt dem Kirchenvorstand ob:

1. alles zu beschaffen, was an äußeren Bedingungen für die Abhaltung der Gottesdienste und überhaupt für die Verwaltung des Wortes und der Sakramente nötig ist, und für die äußere Ordnung bei den Gottesdiensten zu sorgen;
2. Veranstaltungen zu treffen oder anzuregen, die zur Förderung des christlichen Lebens in der Gemeinde dienlich sind;
3. die Liebestätigkeit zu fördern und für Armen- und Krankenpflege, soweit sie von Gemeinde wegen nötig ist, Sorge zu tragen;

4. für Schäden und Ärgernisse in der Gemeinde Abhilfe zu suchen und zu erwägen, in welcher Weise etwa durch kirchliche Zucht dagegen eingeschritten werden soll (Matth. 18, 15—17);
5. das Vermögen der Gemeinde zu verwalten, für geordnete Rechnungsführung zu sorgen und jährlich vor der Gemeinde (Gemeindeversammlung oder Gemeindevertretung) von seiner Verwaltung Rechenschaft abzulegen;
6. sämtliche Wahlen vorzubereiten soweit das Vorschlagsrecht bei denselben auszuüben;
7. für Aufbringung des Pfarrgehalts und für Ein Sammlung der Kirchenbeiträge zu sorgen;
8. die kirchlichen Dienste zu besetzen und zu beaufsichtigen;
9. die erforderlichen Schritte zu tun, wenn Klagen gegen den Pfarrer oder die Gemeindebeamten vorliegen;
10. Vorschläge und Anträge vorzubereiten, die an die Gemeinde und vor die Synode gebracht werden sollen.

§ 25

Die Gemeinde soll den Kirchenvorstand in Ehren halten und seinem Vornehmen mit Willigkeit entgegenkommen. Die Kosten der ordnungsgemäß vom Kirchenvorstand beschlossenen Anschaffungen, Einrichtungen und Unternehmungen hat die Gemeinde zu tragen.

Der Kirchenvorstand aber soll als Vertreter und Bevollmächtigter der Gemeinde seiner Verantwortung ernstlich eingedenk sein. Für ordnungsgemäße Verwaltung des Gemeindevermögens sind seine Mitglieder der Gemeinde verantwortlich.

§ 26

In folgenden Fällen muß die Genehmigung der Gemeindeversammlung bzw. der Gemeindevertretung vom Kirchenvorstand eingeholt werden:

1. bei Aufstellung der Voranschläge für die Gemeindekasse;
2. bei Bestimmungen über die Gehälter;
3. bei Ankauf oder Veräußerung von Gebäuden und Grundstücken;
4. bei Neubauten;
5. bei Anstrengung eines Prozesses oder Abschluß von Vergleichen, die anstelle eines Prozesses treten;
6. bei Aufnahme einer Anleihe;
7. bei Feststellung von Plänen für Schuldentilgung;
8. bei Ausgaben, durch die das angelegte Gemeindevermögen angegriffen wird;
9. bei Verwendung örtlicher kirchlicher Stiftungen und deren Erträgen zu anderen als den stiftungsgemäßen Zwecken;
10. überhaupt bei allen Ausgaben, die einen von der Gemeinde zu bestimmenden Mindestbetrag überschreiten;
11. bei Schließung und Kündigung von Verträgen, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde wesentlich berühren.

§ 27

Vorsitzender des Kirchenvorstandes ist der Pfarrer. Dieser hat die Versammlung des Kirchenvorstandes zu berufen und zu leiten.

Der Kirchenvorstand wählt aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Kirchenvorstand ist bei Anwesenheit der Hälfte seiner Mitglieder beschlußfähig. Die Abstimmung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse wird ein Protokoll aufgenommen und nach Genehmigung von dem Vorsitzenden und einem Kirchenvorsteher unterzeichnet.

Gegen einen Beschluß des Kirchenvorstandes kann von jedem Mitglied des Kirchenvorstandes oder von fünf stimmberechtigten Gemeindegliedern Berufung an die Gemeindeversammlung bzw. die Gemeindevertretung eingelegt werden.

V. Die Gemeindeversammlung bzw. die Gemeindevertretung

§ 28

Die Gemeindeversammlung besteht aus den stimmberechtigten Gemeindegliedern. Stimmberechtigt sind alle Gemeindeglieder, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben, mit Ausnahme derjenigen, die wegen über sie verhängter Kirchenzucht der Ausübung der Gemeinderechte zeitweilig verlustig sind.

In Gemeinden von mehr als 500 Gemeindegliedern kann eine Gemeindevertretung gewählt werden. Sie muß mindestens doppelt so viele Mitglieder umfassen wie der Kirchenvorstand. Die Gemeindevertretung wird von der Gemeindeversammlung in geheimer Wahl auf sechs Jahre gewählt, und zwar alle drei Jahre je zur Hälfte. Wählbar sind alle stimmberechtigten Gemeindeglieder; Wiederwahl ist zulässig.

Die Gemeindevertretung tritt an die Stelle der Gemeindeversammlung, außer in den in § 30 Absatz 2 genannten Fällen.

§ 29

Die Gemeindeversammlung bzw. die Gemeindevertretung wird auf Beschluß des Kirchenvorstandes oder auf Verlangen von fünf stimmberechtigten Gemeindegliedern vom Pfarrer bzw. seinem Vertreter berufen und geleitet. Die Gemeindeversammlung ist unabhängig von der Zahl der Erschienenen beschlußfähig, die Gemeindevertretung, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist.

Zu jedem Beschluß ist die einfache Mehrheit, bei Berufung oder Wahl eines Pfarrers sowie zur Amtsentsetzung eines Kirchenvorstehers oder Gemeindevertreters eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmen erforderlich. Zur Gültigkeit des Beschlusses ist erforderlich, daß der Gegenstand bei der Einberufung bezeichnet war.

Beschlüsse sind in einem Protokoll festzuhalten. Es wird nach Genehmigung durch die Versammlung vom Vorsitzenden und zwei nicht zum Kirchenvorstand gehörenden Gemeindegliedern unterzeichnet.

Als Zuhörer werden bei den Versammlungen der Gemeinde und der Gemeindevertretung alle konfirmierten Gemeindeglieder zugelassen, wenn nicht für den Einzelfall anders beschlossen wird.

§ 30

Die Gemeindeversammlung bzw. die Gemeindevertretung muß berufen werden:

1. bei der Berufung oder Wahl eines Geistlichen;
2. bei Wahlen zum Kirchenvorstand oder zur Synode;
3. beim Ausschluß eines Gemeindegliedes;
4. bei Amtsentsetzungen;
5. bei der jährlichen Rechenschaftsablegung;
6. zur erforderlichen Genehmigung von Kirchenvorstandsbeschlüssen (§ 26);
7. bei Streitigkeiten in der Gemeinde.

In folgenden Fällen ist die Gemeindeversammlung zu berufen:

1. bei Wahlen zur Gemeindevertretung;
2. wenn der Kirchenvorstand oder die Gemeindevertretung es für notwendig halten;
3. bei einer etwaigen Auflösung der Gemeinde.

VI. Die Synode

§ 31

1. Jede Gemeinde entsendet als stimmberechtigte Glieder zur Synode ihren Pfarrer, einen Kirchenvorsteher und auf je 500 Gemeindeglieder einen Abgeordneten. Auf den nach der Teilung der Zahl der Gemeindeglieder durch 500 verbleibenden Rest entfällt ein weiterer Abgeordneter dann, wenn der Rest mindestens 300 beträgt. Jedoch entsendet jede Gemeinde außer ihrem Pfarrer und einem Kirchenvorsteher mindestens einen Abgeordneten. Bei großem Wachstum der Gemeinden kann die Synode die Zahl, auf die ein Abgeordneter kommt, erhöhen. Als maßgebender Tag für die Zählung der Gemeindeglieder gilt in diesen Fällen der 31. Dezember des Vorjahres.
2. Alle Abgeordneten und ihre Vertreter werden in der Gemeindeversammlung bzw. der Gemeindevertretung auf Vorschlag des Kirchenvorstandes nach Stimmenmehrheit gewählt, und zwar jedesmal auf 6 Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet ein Synodaler bzw. ein Vertreter in der Wahlperiode aus, so wählt die Gemeindeversammlung bzw. die Gemeindevertretung einen Ersatzmann für den Rest der Wahlperiode.
3. Pfarrvikare, an sich beratende Mitglieder der Synode (§ 14), sind stimmberechtigt, wenn sie den Pfarrer vertreten.
4. Die Synode ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.
5. Die Verhandlungen der Synode sind für die Mitglieder der Gemeinden öffentlich, soweit nicht die Synode in einem einzelnen Fall anders beschließt. Kirchenvorsteher können zu vertraulichen Sitzungen zugelassen werden. Die Synode kann die Verhandlung für vertraulich erklären, unbeschadet entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen.
6. Die Sitzungen werden mit Schriftverlesung und Gebet eröffnet und mit Gebet geschlossen.
7. Die Tagung der Synode ist den Gemeinden bekannt zu machen. An die Ankündigung ist eine Fürbitte für die Synode anzuschließen.

§ 32

In der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden ist die Synode die Trägerin der obersten Kirchengewalt, die sie unter sorgfältiger Beachtung dieser Kirchenordnung wie der in Betracht kommenden Staatsgesetze in voller Selbständigkeit ausübt.

§ 33

Vorsitzender der Synode ist der Superintendent oder sein Vertreter. Er hat die Synode zu berufen, ihre Verhandlungen zu leiten und für die Ausführung ihrer Beschlüsse zu sorgen.

§ 34

Spätestens alle zwei Jahre findet, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprechen, eine ordentliche Tagung der Synode statt, in welcher der Synodalausschuß einen Bericht über das verflossene Jahr vorlegt. Die Tagung der Synode ist den Kirchenvorständen und den Synodalen mit Angabe der Tagesordnung spätestens 14 Tage vor dem Tage der Zusammenkunft mitzuteilen. Etwaige Anträge, zu deren Stellung die Kirchenvorstände wie auch sechs Synodale berechtigt sind, müssen so früh wie möglich eingebracht werden. Spätestens drei Wochen vor Beginn der Synode müssen sie in den Händen des Superintendenten sein, der sie den Kirchenvorständen und Synodalen mitzuteilen hat. Nur rechtzeitig eingebrachte Anträge ist die Synode verpflichtet in die Tagesordnung aufzunehmen; später eingebrachte nur dann, wenn niemand Widerspruch erhebt und sie von einem Drittel der Synodalen unterstützt werden. Anträge, die sich aus der Beratung ergeben, können von jedem Synodalen mit Unterstützung von noch fünf Synodalen gestellt werden.

Der Synodalausschuß kann jederzeit eine außerordentliche Tagung der Synode festsetzen und muß das baldigst, wenn ein Drittel der Synodalen es fordert.

§ 35

Die Tätigkeit der Synode bezieht sich auf alle Angelegenheiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden. Wie sie die Kirchenordnung feststellt hat, so ist sie befugt, dieselbe nach Bedarf zu ändern. Dabei ist sie gebunden an den unabänderlichen Bekenntnisgrund, der in der Einleitung dargelegt ist, und darf weder die Grundsätze der lutherischen Kirchenordnung noch die Rechte der einzelnen Gemeinden verletzen. Zu jeder Änderung der Kirchenordnung sind zwei Drittel der Stimmen erforderlich.

Die Synode entscheidet über die Einführung gemeinsamer Einrichtungen wie gottesdienstlicher Gebräuche, Feste und dergleichen sowie über die Einführung von gemeinsamen Gesangbüchern, Katechismen, Lektionaren, Agenden und dergleichen. Solche Einführungen dürfen nicht beschlossen werden, wenn nicht vorher die Gemeinden insgesamt oder doch in überwiegender Mehrheit durch ihre Gemeindeversammlungen bzw. ihre Gemeindevertretungen sich damit einverstanden erklärt haben.

§ 36

Die Synode entscheidet über die Aufnahme neuer Gemeinden. Solche können nur dann aufgenommen werden, wenn sie auf dem in der Einleitung dargelegten Bekenntnisgrund stehen und sich zur Beobachtung der Kirchenordnung verpflichten.

§ 37

Die Synode wacht darüber, in der Regel durch ihren Ausschuß, daß die Kirchenordnung in den Gemeinden beobachtet und keine falsche Lehre getrieben wird, überhaupt alles ordentlich zugeht. Sie bzw. ihr Ausschuß ist befugt, nicht nur mit Mahnungen an die Kirchenvorstände heranzutreten, sondern auch eine Visitation, falls es dienlich erscheint, anzuordnen und die Abstellung erwiesener Schäden zu fordern. Wenn eine Gemeinde durch Abfall vom lutherischen Bekenntnis,

durch Auflehnung wider christliche Ordnungen, durch grobe Mißachtung der Kirchenordnung oder der Beschlüsse der Synode oder des Synodalausschusses oder hartnäckiger Abweisung der brüderlichen Ermahnung den Boden der Gemeinschaft verläßt, so kann sie durch die Synode aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden ausgeschlossen werden.

§ 38

Die Synode verwaltet das Kirchenvermögen. Sie stellt den Rechnungsführer für die Synodalkasse und für alle Kassen, die gemeinsames Eigentum aller Gemeinden sind.

Der Synodalausschuß beaufsichtigt die Rechnungsführung; er legt Jahresrechnungen und Voranschläge der Synode vor, der die Genehmigung zusteht.

Wenn eine Gemeinde sich auflöst, aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden austritt oder aus derselben ausgeschlossen wird, verliert sie jeden Anspruch auf das gemeinsame Vermögen im Sinne des Abs. 1 dieses Paragraphen.

§ 39

Für die Synode ergeben sich folgende Befugnisse:

1. Sie versieht die gemeinsamen Angelegenheiten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden (vgl. § 32);
2. sie verwaltet das Kirchenvermögen (vgl. § 38);
3. sie bildet eine Berufungsinstanz gegen Entscheidungen nach § 42, Absatz 1, Ziffer 5;
4. sie beschließt über Vorschläge und Anträge aus den Gemeinden (vgl. § 34);
5. sie entscheidet über gemeinsame Ordnungen, Einrichtungen und Bücher (vgl. § 35, Absatz 2);
6. sie entscheidet über Aufnahme neuer Gemeinden (vgl. § 36);
7. sie übt Aufsicht über die einzelnen Gemeinden (vgl. § 37);
8. sie entscheidet über den Ausschluß aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden (vgl. § 37);
9. sie wählt aus dem Kreis der Pfarrer in geheimer Abstimmung den Superintendenten und seinen Vertreter;
10. sie vertritt die Kirche nach außen, und zwar durch ihren Synodalausschuß.

§ 40

Die Abstimmung in der Synode geschieht nach Stimmmehrheit. Nicht abgegebene Stimmen werden nicht gezählt. Die Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Synodale ist bei seiner Stimmabgabe ausschließlich an seine persönliche Überzeugung und sein Gewissen gebunden und kann durch Beschlüsse seines Kirchenvorstandes oder seiner Gemeinde in keiner Weise hinsichtlich seiner Abstimmung auf der Synode verpflichtet werden.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Synode wird ein Protokoll aufgenommen, das von der Synode zu genehmigen, vom Vorsitzenden sowie zwei Mitgliedern zu unterzeichnen und in Abschrift jeder Gemeinde zuzustellen ist.

VII. Der Synodalausschuß

§ 41

1. Die Synode wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlperiode 4 Beisitzer sowie 4 Vertreter der-

selben. Die 4 Beisitzer bilden mit dem Superintendenten und dessen Vertreter den Synodalausschuß, in dem der Superintendent bzw. sein Vertreter den Vorsitz führt. Der Synodalausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens 4 Mitglieder anwesend sind.

2. Der Synodalausschuß wird nach Bedarf vom Superintendenten, von Eilfällen abgesehen, 5 Tage vor der Sitzung unter Angabe der Tagesordnung berufen. Schriftliche Abstimmung ist zulässig, sofern sich aus seiner Mitte kein Widerspruch erhebt.
3. Der Ausschuß ist befugt, andere Mitglieder der Synode mit beratender Stimme zu einer Sitzung heranzuziehen.
4. Sowohl die Mitglieder des Synodalausschusses wie die etwa zur Sitzung herangezogenen Synodalen erhalten nach Bestimmung der Synode Entschädigung für ihre Aufwendungen.
5. Die sachlichen Kosten der Synode wie des Synodalausschusses sowie alle persönlichen Entschädigungen deckt die Synodalkasse.
6. Der Bedarf der Synodalkasse wird aufgebracht durch eine Umlage, die von den Gemeinden erbracht wird. Die Höhe des Beitrages bestimmt der Synodalausschuß im Laufe des ersten Kalendervierteljahres bei Festlegung des Voranschlages für die Synodalkasse.

§ 42

Der Synodalausschuß hat folgende Aufgaben:

1. Er vertritt die Evangelisch-Lutherische Kirche in Baden nach außen;
2. er stellt die Wählbarkeit eines Kandidaten gemäß § 11 fest;
3. er prüft die Rechtmäßigkeit der Pfarrwahl und vollzieht die Bestätigung der Wahl;
4. er entscheidet über persönliche Klagen nach Maßgabe des § 16;
5. er verfügt über die vorläufige Amtsenthebung wie Absetzung eines Pfarrers gemäß § 16;
6. er entscheidet über Einsprüche eines Kirchenvorstehers über eine gegen ihn nach § 22 Abs. 2 und 3 verhängte Maßnahme;
7. er erstattet auf jeder ordentlichen Tagung der Synode einen Geschäftsbericht und legt die Jahresrechnungen und Voranschläge vor.

Über die Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen und nach Genehmigung vom Superintendenten und einem Beisitzer zu unterzeichnen.

Gegen einen Beschluß des Synodalausschusses kann von zwei Mitgliedern innerhalb von drei Wochen Berufung an die Synode eingelegt werden. Falls die Synode nicht schon einberufen ist, muß eine solche einberufen werden, für welche die Frist des § 34 nicht eingehalten zu werden braucht. Bis zur Entscheidung der Synode wird der Vollzug des angefochtenen Beschlusses ausgesetzt.

VIII. Der Superintendent

§ 43

Dem Superintendenten obliegt die geistliche Leitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden. Er ist Vorsitzender der Synode. Er hat die Gemeinden zu visitieren und Ordinationen und Einführungen zu vollziehen.

Visitationen sind wenigstens alle fünf Jahre einmal in jeder Gemeinde abzuhalten. Außerordentliche Visitationen geschehen auf Antrag der Synode, des Synodalausschusses oder des betreffenden Kirchenvorstandes. Der Superintendent wird in seinem Pfarramt durch seinen Vertreter visitiert.

§ 44

Der Superintendent wird von der Synode gewählt (§ 39 Ziff. 9). Die Wahlperiode für den Superintendenten und seinen Vertreter beträgt 10 Jahre.

Der Superintendent kann durch Beschluß der Synode, für den eine Mehrheit von zwei Dritteln der abge-

gebenen Stimmen erforderlich ist, aus seinem Amt abberufen werden. Das gleiche gilt für seinen Vertreter.

IX. Auslegungsbestimmung

§ 45

Ist die Auslegung eines Satzes dieser Kirchenordnung zweifelhaft oder tritt ein Fall ein, für welchen in der Kirchenordnung keine Entscheidung getroffen ist, so steht der Synode die Entscheidung zu. Diese erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende.

VIII. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik

Satzung des Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes in der Deutschen Demokratischen Republik

Vom 24. Februar 1978

Das gemäß Artikel IX der Verfassung des Lutherischen Weltbundes gebildete Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes in der Deutschen Demokratischen Republik hat folgende Neufassung seiner Satzung beschlossen:

Aufgaben und Organisation

§ 1

(1) Das Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes in der Deutschen Demokratischen Republik hat die Aufgabe, die Ziele des Lutherischen Weltbundes in den Mitgliedskirchen in der DDR zu fördern.

Es vertritt die Mitgliedskirchen in der DDR beim Lutherischen Weltbund und ist für die Zusammenarbeit mit dessen Organen und Einrichtungen verantwortlich.

(2) Die Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes in der DDR sind unter Beachtung von Artikel IX der Verfassung des Lutherischen Weltbundes für die Bildung des Nationalkomitees verantwortlich.

(3) Das Nationalkomitee nimmt seine Aufgaben unter Beachtung der Selbständigkeit der Mitgliedskirchen wahr. Es macht im Benehmen mit den Mitgliedskirchen Vorschläge für die Besetzung der Organe und Einrichtungen des Lutherischen Weltbundes.

(4) Die Mitgliedskirchen können gemeinsam oder einzeln dem Nationalkomitee bestimmte Aufgaben übertragen.

Zusammensetzung

§ 2

(1) Dem Nationalkomitee gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

- die Mitglieder des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltbundes aus der DDR,
- ein Mitglied der Kirchenleitung jeder Mitgliedskirche, das von der betreffenden Mitgliedskirche benannt wird,
- ein weiterer Vertreter jeder Mitgliedskirche, der von der betreffenden Mitgliedskirche benannt wird,

d) ein Mitglied des Kollegiums der Evangelisch-Lutherischen Mission zu Leipzig, das von ihm benannt wird.

(2) An den Sitzungen des Nationalkomitees nehmen als beratende Mitglieder teil:

- der Geschäftsführer des Nationalkomitees,
- die Vorsitzenden der Ausschüsse des Nationalkomitees,
- die Mitglieder der Kommissionen des Lutherischen Weltbundes, sofern sie einer Mitgliedskirche in der DDR angehören.

(3) Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes wird zu den Sitzungen regelmäßig als Gast eingeladen.

(4) Das Nationalkomitee kann beschließen, Berichterstatter oder Sachverständige beratend zu den Sitzungen hinzuzuziehen.

(5) Die Referenten der Geschäftsstelle gemäß § 9 (4) nehmen an den Sitzungen des Nationalkomitees teil.

Stellvertretung

§ 3

Die stimmberechtigten und beratenden Mitglieder des Nationalkomitees nehmen grundsätzlich persönlich an den Sitzungen des Nationalkomitees teil. Für Mitglieder gemäß § 2 Abs. 1 b) und c) ist eine Stellvertretung möglich, die von den Mitgliedskirchen geregelt wird. Für das Mitglied gemäß § 2 Abs. 1 d) bestimmt das Kollegium der Evangelisch-Lutherischen Mission zu Leipzig einen Stellvertreter.

Sitzungen

§ 4

(1) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende werden vom Nationalkomitee aus dem Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 2 Abs. 1 Buchstaben a) und b) für vier Jahre gewählt.

(2) Das Nationalkomitee tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen. Auf Verlangen von mindestens vier stimmberechtigten Mitgliedern muß das Nationalkomitee einberufen werden.

(3) Die Sitzungen des Nationalkomitees werden vom Vorsitzenden einberufen und geleitet. Sie sind nicht öffentlich.

(4) Die Einladungen zu den Sitzungen erfolgen durch die Geschäftsstelle unter Beifügung des Vorschlags der Tagesordnung. Das Nationalkomitee stellt zu Beginn seiner Sitzungen die Tagesordnung fest.

(5) Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Niederschrift muß die gefaßten Beschlüsse im Wortlaut enthalten. Sie bedarf der Genehmigung durch das Nationalkomitee.

Beschlüsse

§ 5

(1) Das Nationalkomitee ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

(2) Für Beschlüsse ist Einmütigkeit anzustreben. Abstimmungen erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt der Vorschlag als abgelehnt. Bei Änderung der Satzung und bei Wahlen ist Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

(3) Eine schriftliche Abstimmung ist möglich, wenn das Nationalkomitee nicht versammelt und die Beschlußfassung eilbedürftig ist und wenn nicht mehr als drei stimmberechtigte Mitglieder widersprechen.

(4) Ist das Nationalkomitee nicht versammelt und duldet die Sache keinen Aufschub, so daß auch eine schriftliche Abstimmung nicht möglich ist, so entscheidet der Vorsitzende im Einvernehmen mit seinem Stellvertreter und einem weiteren Mitglied des Nationalkomitees nach Beratung mit dem Geschäftsführer. Das weitere Mitglied wird für jeweils ein Jahr vom Nationalkomitee gewählt. Zur Wahl stehen stimmberechtigte Mitglieder des Nationalkomitees aus den Mitgliedskirchen, die weder den Vorsitzenden noch seinen Stellvertreter stellen.

(5) Die stimmberechtigten Mitglieder des Nationalkomitees sind von Entscheidungen auf der Grundlage von Absatz 4 unverzüglich zu benachrichtigen. Das Nationalkomitee soll die Entscheidungen zum Gegenstand nachträglicher Beratung und Beschlußfassung machen.

(6) Beschlüsse treten, wenn nicht anders bestimmt ist, mit dem Tag der Beschlußfassung in Kraft.

Ausschüsse

§ 6

(1) Das Nationalkomitee kann Ausschüsse für besondere Aufgaben einsetzen. Mit der Bearbeitung bestimmter Fragen können Sachverständige beauftragt werden.

(2) Soll für ein Arbeitsgebiet ein Ausschuß gebildet werden, für das bereits ein Ausschuß der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR besteht, so entscheidet das Nationalkomitee in Fühlungnahme mit der Kirchenleitung der Vereinigten Kirche über die Form der Zusammenarbeit.

Finanzen

§ 7

(1) Das Nationalkomitee beschließt für jedes Rechnungsjahr einen Haushaltsplan. Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Der Haushaltsplan gilt über das Rechnungsjahr hinaus bis zur Beschlußfassung über einen neuen Haushaltsplan. Die Umlagen der Mitgliedskirchen werden im Zusammenhang mit der Beschlußfassung über den Haushaltsplan festgestellt.

(2) Die Rechnung und die Kasse des Nationalkomitees werden unter der Verantwortung des Geschäftsführers nach den für das Lutherische Kirchenamt geltenden Vorschriften als eigene Rechnung und Kasse geführt. Das Nationalkomitee beschließt über die Rechnungsprüfung, die von einer Mitgliedskirche vorgenommen werden kann, und über die Entlastung des Geschäftsführers.

§ 8

(1) Die Kosten für die Teilnahme an den Sitzungen des Nationalkomitees tragen, soweit es sich um Vertreter der Mitgliedskirchen und der kirchlichen Werke handelt, grundsätzlich die entsendenden Kirchen und Werke.

(2) Das Nationalkomitee trägt die Kosten für die Teilnahme der Mitglieder des Exekutivkomitees.

(3) Das Nationalkomitee trägt die Kosten für die Ausschüsse und Sachverständigen.

Geschäftsstelle

§ 9

(1) Als Geschäftsführer wird vom Nationalkomitee einer der Referenten des Lutherischen Kirchenamtes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der DDR berufen.

(2) Die laufenden Geschäfte werden vom Geschäftsführer durch die Geschäftsstelle des Nationalkomitees wahrgenommen.

(3) Ist der Geschäftsführer nicht zugleich Leiter des Lutherischen Kirchenamtes, so informiert er diesen über wichtige Vorgänge in der Geschäftsführung.

(4) Das Lutherische Kirchenamt stellt die erforderlichen Referenten und weiteren Mitarbeiter auf der Grundlage einer Vereinbarung für die Geschäftsstelle zur Verfügung. Diese erhalten ihre Weisungen, unbeschadet der allgemeinen Dienstaufsicht durch das Lutherische Kirchenamt, vom Geschäftsführer des Nationalkomitees.

Inkrafttreten

§ 10

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. April 1978 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 26. Februar 1963 außer Kraft.

Berlin, den 24. Februar 1978

**Der Vorsitzende des Nationalkomitees
des Lutherischen Weltbundes in der
Deutschen Demokratischen Republik**

Dr. Rathke

Personalmeldungen**Bischofskonferenz**

Am 24. September 1977 wurde Landesbischof Dr. Heinrich Rathke, Schwerin, zum Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik gewählt und am 25. September 1977 in sein Amt eingeführt.

Der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen D. Ingo Braecklein trat am 30. April 1978 in den Ruhestand. Sein Nachfolger Superintendent Werner Leich, wurde am 11. Dezember 1977 gewählt und am 4. Mai 1978 in sein Amt eingeführt.